

II- 43 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 2. Dez. 1971 No. 32/5

Anfrage

der Abgeordneten KINZL, *Helga Wieser, Steiner*
 und Genossen
 an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
 betreffend SPÖ-Belangsendung vom 5. bzw. 8. November 1971.

Am 5. bzw. 8. November 1971 wurde vom ORF eine Belangsendung der Sozialistischen Partei ausgestrahlt, die ungefähr folgenden Wortlaut hatte:

- "Sprecherin: Bauern haben es schwer.
 Sprecher: Wem sagst du das! Mühevoller Arbeit, keine geregelte Arbeitszeit, eine oft schwierige Ertragslage.
 Sprecherin: Ja das stimmt. Aber dazu kommt noch die Willkür der Landwirtschaftskammern, der viele Bauern ausgesetzt sind.
 Sprecher: Aber nein. Die Landwirtschaftskammern sind doch Organisationen, die zur Unterstützung der Bauern eingesetzt sind.
 Sprecherin: Landwirtschaftskammern sind Hochburgen der ÖVP-Agrarbürokratie. Alle wichtigen Posten sind mit ÖVP-Funktionären besetzt.
 Sprecher: Da hat der SPÖ-Landwirtschaftsminister einen schweren Stand. Aber im Interesse der Bauern wird man sich doch auf eine gemeinsame Linie in der Agrarpolitik einigen können. Im Interesse der Bauern hat der Landwirtschaftsminister nicht nur die Mittel der Agrarförderung erhöht, sondern sie auch rechtzeitig an die Landwirtschaftskammern zur Vergabe an die Bauern überwiesen.
 Sprecher: Und die Landwirtschaftskammern haben die Gelder sofort an die Antragsteller weitergeleitet, damit diese die geplanten Veränderungen ihrer Betriebe vornehmen konnten. Aber die ÖVP-Agrarbürokraten machten den Bauern einen schwarzen Strich durch die Rechnung. Mit fadenscheinigen Ausreden verweigerten sie ihnen die Auszahlung der beantragten Mittel. Bis heute haben viele Bauern noch keinen Groschen von den 83 Millionen Schilling gesehen, die für sie bestimmt sind.
 Bereits am 12. Juli dieses Jahres hat das Landwirtschaftsministerium die Mittel für die Treibstoffverbilligung an die Landwirtschaftskammern für die Bundesländer Tirol, Kärnten und Steiermark überwiesen.

- Sprecherin: Bis heute, also 3 Monate später, wurde mit der Auszahlung noch immer nicht begonnen.
- Sprecher: Seit 20. September warten die Bauern Niederösterreichs, Oberösterreichs und des Burgenlandes vergeblich darauf, daß die ÖVP-Agrarbürokratie sich dazu bequemt, mit der Auszahlung der vom Landwirtschaftsministerium bereitgestellten Mittel zu beginnen.
- Sprecher: Seit mehr als zwei Monaten werden diesen Bauern 127 Millionen Schilling vorbehalten.
- Sprecherin: Also so schaut die ehrliche Politik aus, die die ÖVP im Wahlkampf immer wieder propagiert hat.
- Sprecher: Aber jetzt wird mit diesem Agrarterror der ÖVP Schluß gemacht. Landwirtschaftsminister Weihl hat Bundesprüfungskommissionen für ganz Österreich errichtet. Diese Kommissionen haben die Aufgabe, die Vergabe der Agrarmittel durch die Landwirtschaftskammern genau zu kontrollieren.
- Sprecherin: Jedes Ansuchen, das von den Landwirtschaftskammern abgelehnt wurde, kann diesen Kommissionen zur nochmaligen Überprüfung vorgelegt werden.
- Sprecher: Ein guter Rat an alle Bauern, die Opfer der ÖVP-Agrarbürokratie geworden sind: Wenden sie sich direkt an den Landwirtschaftsminister! Er wird ihnen zu ihrem Recht verhelfen. Auch wenn die ÖVP noch so dagegen ist."

Diese Sendung diente zweifellos nur der Diffamierung der nicht sozialistischen Landwirtschaftskammern und ihrer gewählten Funktionäre.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

A n f r a g e :

Was werden Sie als zuständiger Ressortminister unternehmen, um eine derartige Diffamierung der gewählten Funktionäre und Organisationen der Landwirtschaft durch Ihre Partei in Zukunft hintanzuhalten?